

# Vergabeunterlagen zum offenen Verfahren des Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Ortsverein Paderborn (SkF), für Schülerspezialverkehre der Schule Haus Widey, Salzkotten

## **Schule Haus Widey**

Widey 11, 33154 Salzkotten

Träger: Sozialdienst katholischer Frauen e. V., Ortsverein Paderborn  
(SkF)

Kilianstraße 41, 33098 Paderborn

## Vergabeunterlage C: Beförderungsvertrag

**Zum Verbleib beim Bieter bestimmt,  
nicht mit dem Angebot zurückzugeben!**

# BEFÖRDERUNGSVERTRAG

Zwischen

dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V., Ortsverein Paderborn (SkF)  
Kilianstraße 41, 33098 Paderborn,

vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten durch Frau Alexandra Diedrich-Treuguth,

- nachfolgend Auftraggeber genannt -

und

dem [Name/Firma des Bieters ergänzen],  
[Straße, PLZ Ort],  
vertreten durch [ergänzen]

- nachfolgend Auftragnehmer genannt -

wird der folgende  
Beförderungsvertrag  
geschlossen:

## § 1

- (1) Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer die schultägliche Beförderung der vom Auftraggeber benannten, in (Los [Zahl ergänzen]) wohnenden Schülerinnen und Schüler zu der Schule Haus Widey, Widey 11, 33154 Salzkotten nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages.
- (2) Der Auftragnehmer garantiert, dass er über die Dauer der Laufzeit dieses Vertrages sämtliche, vom Auftraggeber benannten, im Los [Zahl ergänzen] wohnenden Schülerinnen und Schüler nach Maßgabe dieses Vertrages jederzeit fachgerecht, ordnungsgemäß und unter Beachtung aller in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften und Rechtsnormen zur Wichernschule und zurück befördert.
- (3) Im Einzelfall sind auf Schülerinnen und Schüler zu befördern, die im „Grenzbereich“ außerhalb der festgelegten Regionen wohnen.

## § 2

- (1) Der Beförderungsvertrag gilt mit den folgenden Bestandteilen, die im Falle eines inhaltlichen Widerspruchs in dieser Rangfolge stehen:
  - die Leistungsbeschreibung (Vergabeunterlage B, [Vertragsanlage X]) zum offenen Verfahren des Auftraggebers
  - das Angebot des Auftragnehmers vom [Datum ergänzen] mit allen Anlagen (insbesondere den ausgefüllten Vergabeunterlagen D und E, [Anlagen X] zu diesem Vertrag)
  - die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil B.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

## § 3

Der Auftragnehmer erbringt die Leistung in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen sowie die einschlägigen technischen und gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Er verpflichtet sich weiterhin, die zur Leistungserbringung erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden einzuholen und über die Dauer der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.

## § 4

- (1) Die Fahrdienstorganisation obliegt dem Auftragnehmer in eigener Verantwortung.
- (2) Bei der Fahrdienstorganisation sind in jedem Fall die Vorgaben der Leistungsbeschreibung ([Anlage X]) zu beachten und umzusetzen.

## § 5

- (1) Der Auftragnehmer hat die Beförderungsleistungen nach Maßgabe der Vorgaben der Leistungsbeschreibung (**Anlage X** dieses Vertrages) zu erbringen. Für die Ausstattung und den Zustand der Fahrzeuge sind gleichfalls die Vorgaben der Leistungsbeschreibung maßgeblich.
- (2) Bei Fahrzeugausfällen ist der Auftragnehmer verpflichtet, geeignete Ersatzfahrzeuge zu stellen und den Auftraggeber hierüber zu unterrichten.
- (3) Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung, die Schülerinnen und Schüler dem Fahrplan entsprechend zu befördern, nicht nach, hat der Auftraggeber das Recht, auf Kosten des Auftragnehmers andere Unternehmen mit der Durchführung zu beauftragen. Die Beauftragung ist auf den Zeitraum zu begrenzen, der erforderlich ist, bis der Auftragnehmer die Beförderung entsprechend dem Fahrplan wieder aufnimmt.
- (4) Entsprechendes gilt, wenn durch unvorhergesehene Ereignisse eine mehr als einstündige Verzögerung der Beförderung eintritt oder zu befürchten ist; in einem solchen Fall hat der Auftragnehmer, unabhängig von der Klärung vertraglicher oder gesetzlicher Ansprüche gegen den Auftragnehmer, unverzüglich für die weitere Beförderung der Schülerinnen und Schüler zu sorgen.
- (5) Beförderungsaufträge werden grundsätzlich vom Auftraggeber erteilt und gelten nur für die Beförderung von den Wohnungen der benannten Schülerinnen und Schüler bzw. in Ausnahmefällen davon abweichenden Abholpunkten innerhalb der Region gemäß Leistungsverzeichnis. Der Auftraggeber behält sich vor, die Übernahme von Kosten für Beförderungen, die nicht von ihm in Auftrag gegeben wurden, abzulehnen.

## § 6

Der Auftragnehmer benennt eine Ansprechperson sowie eine(n) Mitarbeiter(in) und eine Vertretung, die/der für die Gewährleistung des Beschwerdemanagements verantwortlich ist. Das Beschwerdemanagement ist nach Maßgabe der Vorgaben in der Leistungsbeschreibung durchzuführen.

## § 7

- (1) Auftraggeber und Auftragnehmer benennen jeweils Ansprechpartner, die mit der Abwicklung des Vertrages betraut werden und verbindliche Erklärungen abgeben können.
- (2) Der Auftraggeber ist befugt, den Fahrdienst jederzeit selbst oder durch Beauftragte zu kontrollieren. Der Auftraggeber ist insbesondere befugt, den Zustand der vom Auftragnehmer eingesetzten Fahrzeuge selbst oder durch Beauftragte zu kontrollieren. Dazu hat ihm der Auftragnehmer auf Verlangen Zutritt zu seinem Firmengelände und zu den entsprechenden Fahrzeugen zu gewähren.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich sicherzustellen, dass seine Mitarbeiter/innen oder von ihm eingesetzte Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiter/innen keine

Zuwendungen, sei es in Geld oder Sachleistungen, für die Durchführung der Leistungen annehmen.

- (4) Eine Abtretung von Ansprüchen aus diesem Vertrag ist nur mit schriftlicher Zustimmung des jeweils anderen Vertragspartners zulässig.
- (5) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens oder die Beantragung der Eröffnung oder die Ablehnung dieses Antrages mangels Masse oder über die nicht nur vorübergehende Einstellung seiner Zahlungen zu informieren.

## § 8

- (1) Der Auftragnehmer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte. Er verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges, persönlich und fachlich geeignetes Personal für die Leistungsdurchführung einzusetzen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin das Fahrpersonal und die Begleitpersonen zu einer einwandfreien und korrekten Verhaltensweise gegenüber den Schülerinnen und Schülern unter Berücksichtigung von deren Beeinträchtigungen anzuhalten und darauf hinzuwirken, dass auf die im Interesse der Kranken gegebenen ärztlichen Verordnungen Rücksicht genommen wird.
- (3) Arbeitskräfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind auf Verlangen des Auftraggebers abzulösen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin, bei der Beförderung nur Stammpersonal einzusetzen und einen Wechsel des Personals nur in begründeten Ausnahmefällen vorzunehmen.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, das Personal auf Zuverlässigkeit und Eignung zu überprüfen. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das für die Schülerbeförderung eingesetzte Personal gemäß § 47 Bundesseuchengesetz regelmäßig untersucht wird.
- (5) Die Anforderungen an das eingesetzte Personal gemäß der Leistungsbeschreibung sind zu beachten.
- (6) Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache. Soweit es sich bei dem eingesetzten Personal (Fahrpersonal- und Begleitperson) des Auftragnehmers um Personen ausländischer Nationalität handelt, müssen gute Kenntnisse der deutschen Sprache für die Erfüllung der Aufgaben vorhanden sein. Eine einwandfreie Verständigung in deutscher Sprache mit allen Beteiligten muss gewährleistet sein.
- (7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin,
  - a) das Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vom 23.07.2004 (in der jeweils geltenden Fassung) zu beachten.
  - b) Arbeitsverträge auch bei geringfügig Beschäftigten schriftlich abzuschließen.
  - c) ausländische Arbeitnehmer nur mit gültigen Arbeitsgenehmigungen zu beschäftigen; auf Verlangen des Auftraggebers ist dies nachzuweisen.

- d) seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen und die krankenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer bei der Krankenkasse anzumelden.
  - e) auf Anforderung die Genehmigung zur gewerblichen Personenbeförderung gemäß Personenbeförderungsgesetz (PBefG) nachzuweisen.
  - f) den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten, falls er nicht mehr Unternehmer im Sinne der §§ 46 ff. Personenbeförderungsgesetz ist oder falls aus den in § 2 PBefG genannten Gründen die Neuerteilung einer Genehmigung notwendig ist.
- (8) Der Auftragnehmer hat durch organisatorische Maßnahmen (Bestellung von Ersatzkräften / Anordnung von Überstunden) sicherzustellen, dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Leistungsdurchführung nicht beeinträchtigt wird.

## § 9

- (1) Der Auftragnehmer und das von ihm eingesetzte Personal ist zur Verschwiegenheit über alle personenbezogenen Daten der beförderten Personen verpflichtet, es sei denn, die Weitergabe der Daten ist zur Durchsetzung von Rechten im Zusammenhang mit diesem Vertrag erforderlich. Diese Pflicht dauert fort, auch wenn die geschäftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern beendet ist. Das vom Auftragnehmer eingesetzte Personal ist auf die Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Einhaltung der Schweigepflicht (u.a. § 203 StGB) und den datenschutzrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen zu verpflichten. Der Auftragnehmer haftet ggf. bei Verstößen gegenüber dem Auftraggeber.
- (2) Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos kündigen, wenn der Auftragnehmer seiner Pflicht nach § 9 nicht nachkommt. Bei eventuellen Schadensersatzansprüchen von Betroffenen auf Grund der Verletzung von Datenschutzvorschriften kann der Auftraggeber den Auftragnehmer in Regress nehmen.

## § 10

- (1) Die Übertragung von Teilleistungen an Unterauftragnehmer ist nur zulässig, wenn der Auftraggeber dem Einsatz des jeweiligen namentlich benannten Unterauftragnehmers zugestimmt hat.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Auftraggebers die Subunternehmerverträge vorzulegen.
- (3) Der Auftragnehmer bleibt bei der Abwicklung des Auftrages (inkl. Rechnungsstellung) alleiniger Vertragspartner und Ansprechpartner des Auftraggebers. Er hat sicherzustellen, dass die Arbeiten vertragsgemäß durchgeführt werden, d.h. die Gesamtverantwortung für die Leistungserbringung verbleibt immer beim Auftragnehmer.

## § 11

- (1) Abgerechnet werden die vom Auftragnehmer angebotenen Pauschalbeträge je Fahrttag für die Personen, die nach den Vorgaben des Auftraggebers im Fahrplan eingeplant waren. Die danach geschuldeten Zahlungen umfassen die vollständige und vertragsgemäße Erfüllung der Leistungen.
- (2) Der Auftraggeber der sich aus diesem Vertrag ergebenden Leistungserbringung ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Die vereinbarten Preise verstehen sich zzgl. der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung geltenden Abgaben und Steuern. Die Umsatzsteuer ergibt sich aus den gesetzlichen Regelungen des UStG und der tatsächlich erbrachten Leistung. Das Risiko des zutreffenden Umsatzsteuerausweises trägt der leistende Auftragnehmer.
- (3) Fallen Fahrtage oder Fahrten wegen höherer Gewalt (Glatteis, Unwetter etc.) aus, wird kein Entgelt gezahlt. Der Auftragnehmer ist in diesen Fällen aber berechtigt, die ihm trotz Ausfall der Fahrten entstandenen Kosten gegen Nachweis gegenüber dem Auftraggeber abzurechnen.
- (4) Während der beweglichen Ferientag/Elternsprechtage/Schulferien entfällt die Beförderung und wird nicht vergütet. Änderungen/Ergänzungen der vorgenannten Tage sind vorbehalten. Sie werden spätestens drei Monate vorher dem Auftragnehmer mitgeteilt. Fallen Fahrtage auf gesetzliche Feiertage, entfällt die Vergütung.
- (5) Der Auftraggeber hat das Recht, bei unvollständig oder unzulässig ausgeführten Leistungen angemessene Abschläge bis hin zur gesamten Streichung von der für die Leistung vereinbarten Vergütung vorzunehmen, auch wenn diese, weil sie bei der Begleichung der Rechnung noch nicht erkennbar waren, erst später festgestellt wurden.
- (6) Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers insbesondere auf Selbstvornahme, Schadens- und Aufwendungsersatz nach den Regelungen des BGB sowie das Recht des Auftraggebers zur außerordentlichen Kündigung nach § 15 bleiben unberührt.
- (7) Der Auftragnehmer hat bis jeweils zum 5. Werktag des Folgemonats eine prüffähige Rechnung auszustellen. Aus der Rechnung müssen die erbrachten Beförderungsleistungen pro Tag und Tour (einschließlich namentlicher Angaben zu den beförderten Schülerinnen und Schülern) sowie die vereinbarten Entgelte erkennbar sein.
- (8) Rechnungen sind 14 Tage nach Zugang einer prüffähigen Rechnung beim Auftraggeber fällig.
- (9) Die Rechnungen über die monatlichen Beförderungskosten werden der Schule vorgelegt. Auf der jeweiligen Rechnung ist durch die Schulleitung zu bestätigen, daß die Fahrten ordnungsgemäß durchgeführt worden sind. Abgerechnet werden die tatsächlich angefallenen Beförderungstage bzw. Fahrten. Die Rechnungslegung erfolgt nach den Vorgaben des Auftraggebers.
- (10) Der Auftraggeber haftet bis zur Höhe der von ihm in Anspruch genommenen Leistung. Eine gesamtschuldnerische Haftung ist ausgeschlossen.

## § 12

- (1) Eine Preisanpassung während der ersten zwölf Monate der Vertragslaufzeit wird ausgeschlossen. Nach Ablauf der ersten zwölf Monate können die Vertragsparteien eine Entgeltanpassung nach Maßgabe der folgenden Voraussetzungen beantragen.
- (2) Der Auftragnehmer kann eine Preisanpassung verlangen, wenn die ihm bei der Leistungserbringung entstehenden Kosten in Bezug auf Personal, Kraftstoff und Anschaffung und Unterhalt von Fahrzeugen maßgeblich gestiegen sind. Voraussetzung ist dabei, dass die eingetretene, maßgebliche Kostensteigerung die in der ursprünglichen Kalkulation bereits durch den Auftragnehmer eingepreiste Kostensteigerung übersteigt. Die Kostensteigerung muss also größer sein als in der Urkalkulation angenommen. Den Nachweis für eine solche Kostensteigerung hat der Auftragnehmer zu führen.
- (3) Eine Preisanpassung muss schriftlich unter Vorlage der Belege geltend gemacht werden. Sie gilt mit Wirkung frühestens zum Anfang des nächsten Kalendermonats, der auf den Zugang des Anpassungsverlangens beim Auftraggeber folgt, frühestens jedoch 2 Wochen nach Zugang des Anpassungsverlangens beim Auftraggeber.
- (4) Das Mehrwertsteueränderungsrisiko verbleibt beim Auftraggeber. Sofern die gesetzlichen Mehrwertsteuersätze erhöht oder gesenkt werden, wird das Entgelt entsprechend angepasst.

## § 13

- (1) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle nach den einschlägigen Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes vorgeschriebenen Versicherungen abgeschlossen sind und hinsichtlich der Prämienzahlung ein Rückstand nicht besteht. Ferner ist der Auftragnehmer verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 2.000.000 € pauschal für Sach-, Vermögens- und Personenschäden je Schadensfall abzuschließen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Dies ist dem Auftraggeber auf Verlangen jederzeit nachzuweisen.
- (2) Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die durch ihn oder seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausführung der Leistungen verursacht worden sind. Von der Haftung wird er – außer bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen - nur befreit, wenn er den Nachweis dafür erbringen kann, dass die Schäden von ihm oder seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht schuldhaft verursacht worden sind.
- (3) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von Ersatzansprüchen frei, die gegen den Auftraggeber aufgrund des Verhaltens des Auftragnehmers und seiner Mitarbeiter einschließlich Erfüllungsgehilfen oder aufgrund der vom Auftragnehmer oder seinen Mitarbeitern einschließlich Erfüllungsgehilfen betriebenen oder geführten Fahrzeugen erhoben werden, sofern eine Haftungsverpflichtung für den Auftragnehmer gegenüber den oben genannten Dritten besteht und soweit der Schaden nicht durch vom Auftraggeber zu vertretenden Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit entstanden ist oder aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen. Der Auftraggeber



verpflichtet sich in diesem Fall, den Auftragnehmer rechtzeitig von der Einleitung eines entsprechenden Verfahrens gegen ihn zu unterrichten und in Abstimmung mit dem Auftragnehmer die zulässigen Rechtsmittel in den jeweiligen Verfahren auszuschöpfen. Die dadurch bedingten notwendigen Kosten trägt der Auftragnehmer.

- (4) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich davon informieren, wenn er Kenntnis von Schadensfällen hat, die durch seine vertraglich geschuldeten Leistungen entstanden sein sollen. Für sämtliche Schäden aus einer verzögerten, unzutreffenden oder nicht ausreichenden Unterrichtung des Auftraggebers über Störungen oder Unterbrechungen der Beförderungsleistungen nach diesem Vertrag haftet der Auftragnehmer auch hinsichtlich der Folgeschäden unbeschränkt. Im Schadensfall obliegt dem Auftragnehmer der Nachweis der rechtzeitigen, zutreffenden und vollständigen Unterrichtung des Auftraggebers.
- (5) Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass die zu befördernden Schülerinnen und Schüler deliktunfähig sind und daher für etwaige von ihnen verursachte Schäden nicht haftbar gemacht werden können.
- (6) Der Auftraggeber ist berechtigt, mit den ihm nach Absatz 2 entstehenden Forderungen durch einfache Erklärung nach § 387 BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

## § 14

Der Vertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft und hat eine feste Laufzeit für drei Schuljahre bis zum letzten Schultag des Schuljahres 2028/2029. Der Vertrag verlängert sich bis zu zwei Mal jeweils um ein Schuljahr, wenn der Auftraggeber sein Optionsrecht zur Verlängerung der Vertragslaufzeit bis spätestens zum 31.12.2028 sowie zum Ende der folgenden Kalenderjahre schriftlich ausübt. Der Vertrag endet danach spätestens zum Ablauf des letzten Schultages des Schuljahres 2030/2031.

## § 15

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Anstelle der fristlosen Kündigung nach vorstehendem Satz 1 ist der Auftraggeber auch berechtigt, im Rahmen der Erklärung der Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund die Rechtsfolge der Vertragsbeendigung auf einen bestimmten, künftigen Zeitpunkt hinauszuschieben, insbesondere um die Leistungserbringung nach Eintritt der Kündigungsfolgen gewährleisten zu können (Auslauffrist).
- (2) Als wichtige Gründe gelten insbesondere:
  - Der Auftragnehmer beteiligt sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen).
  - Der Auftragnehmer erfüllt seine gesetzlichen Verpflichtungen nicht oder hat seine krankenversicherungspflichtigen Beschäftigten nicht bei der Krankenkasse angemeldet.

- Der Auftragnehmer gewährt, verspricht oder bietet Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Auftraggeber Vorteile an.
  - Der Auftragnehmer stellt seine Zahlungen ein oder es wird das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gerichtliches Verfahren gegen ihn eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens wird mangels Masse abgelehnt.
  - Der Auftragnehmer verstößt in schwerwiegender Weise gegen Vertragspflichten, so dass es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen; als derartige Verstöße kommen z.B. in Betracht:
    - Die übernommenen Leistungen werden nicht zu dem vom Auftraggeber benannten Zeitpunkt oder nicht in der im Vertrag entsprechenden Zeit, Art und Weise, Qualität, ausgeführt.
    - Es werden Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis oder Fahrer ohne gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung eingesetzt.
    - Der Auftragnehmer kann auf Anforderung nicht nachweisen, dass er im Besitz einer gültigen Genehmigung zur gewerblichen Personenbeförderung gemäß PBefG ist.
    - Der Auftragnehmer verstößt gegen die Bestimmungen des § 9 dieses Vertrages.
- (3) Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer vom Auftraggeber gesetzten Frist von 14 Kalendertagen zur Abhilfe oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Unter den Voraussetzungen des § 323 Abs. 2 BGB ist die Fristsetzung oder Abmahnung entbehrlich,
- wenn durch Maßnahmen der Schulaufsichtsbehörde der Betrieb der Schulen ganz oder teilweise eingestellt wird
  - wenn die Finanzierung der Schülerfahrkosten nach den Vorschriften des Niedersächsisches Schulgesetz (§ 114 NSchG) nicht mehr sichergestellt ist.
- (4) Die Kündigung ist schriftlich unter Angabe des Grundes auszusprechen. Wird die Vertragsbeendigung nach vorstehendem Abs. 1 S. 2 auf einen bestimmten künftigen Zeitpunkt hinausgeschoben, muss die Kündigungserklärung zusätzlich den Tag benennen, mit dessen Ablauf der Vertrag endet.
- (5) Veranlasst der Auftragnehmer den Auftraggeber durch eine Verletzung seiner Pflichten aus diesem Vertrag zur Kündigung aus wichtigem Grund nach vorstehendem Abs. 1, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen, es sei denn, der Auftragnehmer hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten.

## § 16

- (1) Erfüllt der Auftragnehmer die Pflichten aus dem Vertrag nicht oder nicht ordnungsgemäß, so hat der Auftraggeber neben dem Anspruch auf Erfüllung einen Anspruch auf Zahlung einer Vertragsstrafe nach Maßgabe der folgenden Vorgaben.
- (2) Verletzt der Auftragnehmer schuldhaft seine Verpflichtung zur Beförderung, in dem er zu befördernde Personen nicht oder unter Verletzung besonders sicherheitsrelevanter Vorgaben in der Anlage A dieses Vertrages befördert, verwirkt er in jedem Einzelfall eine **Vertragsstrafe** in Höhe von **200,00 EUR**. Hierzu zählen u.a.
  - die Sicherung der zu befördernden Personen,
  - der Einsatz einer Begleitperson
  - die Bestimmungen über die Besetzung von Kraftfahrzeugen,
  - der technische Zustand der eingesetzten Fahrzeuge.
- (3) Der Auftragnehmer verwirkt darüber hinaus in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von **50,00 EUR**, wenn er wiederholt (trotz Abmahnung)
  - die übrigen Bestimmungen aus der allgemeinen Leistungsbeschreibung (Avergabeunterlage A, **Anlage X**) schuldhaft verletzt und
  - seine qualitätsbezogenen Angaben aus dem Angebot schuldhaft nicht erfüllt.
- (4) Setzt der Auftragnehmer zur Leistungserbringung schuldhaft Unterauftragnehmer ein, die er nicht im Angebot benannt hat, ohne dies mit dem Auftraggeber abzustimmen, verwirkt er in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von **1.000,00 EUR**.
- (5) Verstößt der Auftragnehmer schuldhaft gegen die Vorgaben in § 9 verwirkt er für jeden Fall eine Vertragsstrafe in Höhe von **500,00 EUR**.
- (6) Die Geltendmachung der Vertragsstrafe hat schriftlich unter Begründung der Höhe der Vertragsstrafe zu erfolgen. Der Höchstbetrag der Vertragsstrafenzahlung für Vertragsstrafen wird insgesamt auf 5 % pro Jahr der Gesamtjahresvergütung ohne Umsatzsteuer begrenzt. Vertragsstrafen können mit dem zu zahlenden Entgelt verrechnet werden.
- (7) Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unter Anrechnung der Vertragsstrafe unberührt.

## § 17

- (1) Der Auftragnehmer ist vom Auftraggeber vor Vertragsschluss darauf hingewiesen worden, dass er (der Auftragnehmer) für die Einhaltung von steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten ausschließlich und allein verantwortlich ist. Dies gilt insbesondere für die evtl. eintretende Rentenversicherungspflicht gem. § 2 Nr. 9 SGB VI (arbeitnehmerähnliche Selbstständigkeit). Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer vor Vertragsschluss empfohlen, sich durch den für ihn zuständigen Rentenversicherungsträger beraten zu lassen.
- (2) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen frei, die gegen den Auftraggeber gem. § 13 Mindestlohngesetz (MiLoG), § 14 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) im Hinblick auf Verpflichtungen des Auftragnehmers, eines vom Auftragnehmer eingesetzten Nachunternehmers oder eines vom Auftragnehmer beauftragten Verleihers

geltend gemacht werden. Darüber hinaus ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber auf dessen Verlangen unverzüglich, spätestens innerhalb von 14 Tagen, die von ihm nach § 17 MiLoG zu erstellende und bereitzuhaltende Dokumentation vorzulegen. Auf Verlangen des Auftraggebers ist der Auftragnehmer zudem verpflichtet, dem Auftraggeber durch schriftliches Testat eines von ihm zu beauftragenden Wirtschaftsprüfers die Einhaltung der ihn nach dem MiLoG treffenden Verpflichtungen nachzuweisen; die Kosten der Erstellung des Testats trägt der Auftraggeber auf Nachweis. Soweit der Auftragnehmer die Verpflichtungen nach den vorstehenden Sätzen 2 und 3 auch nach Fristsetzung nicht erfüllt, kann der Auftraggeber den Vertrag aus wichtigem Grunde fristlos kündigen, soweit er den Auftragnehmer wegen der Pflichtverletzungen zuvor erfolglos abgemahnt hat; Fristsetzung und Abmahnung können zeitgleich erfolgen. Der Auftraggeber ist darüber hinaus zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund nach vorheriger Abmahnung berechtigt, wenn der Auftragnehmer nachweislich gegen ihn treffende Pflichten aus MiLoG verstoßen hat.

## § 18

Auf dieses Vertragsverhältnis sowie auf Ansprüche, die aus diesem Vertragsverhältnis erwachsen, ist ausschließlich deutsches Recht anzuwenden. Ausschließlicher Gerichtsstand ist Minden, soweit gesetzlich zulässig.

## § 19

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für eine Änderung dieser Formvereinbarung. Keine Partei kann sich auf eine vom Vertrag abweichende tatsächliche Übung berufen, solange die Abweichung nicht schriftlich fixiert ist.

## § 20

- (1) Dieser Vertrag bleibt auch dann gültig, wenn einzelne Bestimmungen sich als ungültig erweisen sollten. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, mit der die ursprünglich angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecke soweit wie möglich erreicht werden können.
- (2) Ändern sich die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und ist deshalb eine Änderung des Vertrages notwendig oder zweckmäßig, sind beide Vertragspartner verpflichtet, notwendige Vertragsanpassungsverhandlungen zu führen.

- (3) Der Beförderungsvertrag ist vierfach ausgefertigt worden. Die beiden Vertragspartner, die Schule und die obere Schulaufsichtsbehörde erhalten je eine Ausfertigung.

Paderborn, den [Datum ergänzen]

[Ort ergänzen], den [Datum ergänzen]

.....  
Alexandra Diedrich-Treuguth  
(für den Vorstand)

(Stempel)

.....  
[Name ergänzen]

(Stempel, Unterschrift)